



Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)

Hinweisblatt zum Datenschutz

Nach Artikel 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Behörde	Landratsamt Hohenlohekreis Allee 17, 74653 Künzelsau
Verantwortlicher	Landrat Landratsamt Hohenlohekreis Allee 17, 74653 Künzelsau E-Mail: Landrat@hohenlohekreis.de
(behördlicher) Datenschutzbeauftragter:	Behördlicher Datenschutzbeauftragter Landratsamt Hohenlohekreis Allee 17, 74653 Künzelsau E-Mail: Datenschutz@hohenlohekreis.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	Ihre Daten werden erhoben, um über Ihre Anträge auf Leistungen nach den Bestimmungen des SGB XII zu entscheiden, sowie bei positiver Entscheidung Leistungen zu erbringen. Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 c und e, Artikel 4 DSGVO i.V.m. §§ 67 ff SGB X verarbeitet. Darüber hinaus ist gem. Art. 6 Abs. 1a DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn Sie als betroffene Person ihre Einwilligung erteilt haben.
Pflicht zur Angabe der Daten	Ihre Angaben sind freiwillig. Sie sind jedoch nach § 60 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) zur Mitwirkung verpflichtet, das heißt, Sie müssen die zur Bearbeitung des Antrages erforderlichen Angaben machen und Ihre Einwilligung zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte geben.
Folgen der Verweigerung zur Angabe der Daten	Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben, - kann die Bedürftigkeit nicht festgestellt werden - kann der evtl. Leistungsanspruch nicht geltend gemacht werden - können Ihre Daten bei Dritten (Sozialversicherungen, etc.) erfragt werden

	- kann Ihr Antrag ggf. nicht abschließend geprüft werden - können Ihre Leistungen ganz oder teilweise versagt bzw. entzogen werden
Datenerhebung bei anderen Stellen	Sofern wir Ihre Daten nicht von Ihnen erhalten, erheben wir Ihre Daten – nur soweit dies zur Aufgabenerfüllung möglich und erforderlich ist (§§ 21 und 67a SGB X, §§117 und 118 SGB XII)– bei öffentlichen oder nichtöffentlichen Stellen/Personen oder aus öffentlichen Quellen, z.B.: - andere Sozialleistungsträger - Pflegeheime und andere Anbieter - Leistungserbringer der beantragten bzw. bewilligten Leistung - Deutsche Rentenversicherung - Finanzämter, Bundeszentralamt für Steuern - Zollbehörden - Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz) - Gerichte - Ausländerbehörde - Ausländerzentralregister, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter - Vermieter und Energieversorger (nur, wenn an diese direkt gezahlt wird) - andere Dritte (z.B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesrechnungshof, Arbeitgeber)
Kategorien von Daten, die verarbeitet werden	- Name und Vorname - Geschlecht - Adresse - Kontaktdaten, wie Telefonnummer oder E-Mail-Adresse - Geburtsdatum und Geburtsort - Bankverbindungsdaten - Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus - Renten-/Sozialversicherungsnummer - Familienstand - Angaben zu Ehe- und Lebenspartnern sowie Kontaktdaten - Einkommensnachweise, Vermögensnachweise - Leistungszeitraum, -höhe, -art - Bedarfe der Unterkunft und Heizung - Daten zu Unterhaltsansprüchen - Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung - Daten zur Feststellung der Bedarfe hinsichtlich der in Frage kommenden Leistungen

Quelle, von der die personenbezogenen Daten bezogen werden / worden sind (eventuell öffentlich zugängliche Quelle)	Personenbezogene Daten sind grundsätzlich direkt bei den Betroffenen zu erheben. Besteht ein Rechtsanspruch auf Auskunft über die Daten und wird dieser Auskunftsanspruch von den Betroffenen nicht erfüllt, können personenbezogene Daten auch bei Dritten (z.B. Sozialleistungsträger) erhoben werden.
Dauer der Speicherung	Ihre Daten werden bei uns so lange gespeichert, wie dies für die Aufgabenwahrnehmung im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch notwendig ist. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach den Anwendungsempfehlungen der kommunalen Landesverbände zum Sozialdatenschutz nach SGB I, SGB X, SGB XII, SGB II, SGB VII und SGB IX. Demnach sind wir verpflichtet, entsprechende Nachweise i.d.R. sechs Jahre nach Ende der Leistungserbringung aufzubewahren (es gibt auch Ausnahmen). Die Frist beginnt am 01. Januar des Folgejahres, das auf das Jahr folgt, in dem die letzte Zahlung erfolgt ist.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Ist dies zur Aufgabenerfüllung notwendig oder besteht eine gesetzliche Übermittlungspflicht, werden Ihre personenbezogenen Daten u.a. weitergegeben an: - andere Sozialleistungsträger - Pflegeheime und andere Anbieter - Leistungserbringer der beantragten bzw. bewilligten Leistung - Deutsche Rentenversicherung (§ 118 SGB XII) - Finanzämter, Bundeszentralamt für Steuern - Zollbehörden - Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz) - Gerichte - Ausländerbehörde - Ausländerzentralregister, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter - Vermieter und Energieversorger (nur, wenn an diese direkt gezahlt wird) - andere Dritte (z.B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesrechnungshof, Arbeitgeber)
Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen: - Recht auf Auskunft über die zur eigenen Person

	gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15) - Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16) - Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 17 und 18) - Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände (Art. 21) - Recht auf Datenübertragbarkeit bei Einsatz von automatisierten Verfahren (Art. 20)
Widerrufsrecht	Sie haben nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgekommen werden, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift das Amt zur Verarbeitung verpflichtet (z. B. Durchführung des Leistungsverfahrens)
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. <u>Aufsichtsbehörde:</u> Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg Postfach 10 29 32 70025 Stuttgart Tel.: 0711/615541-0 E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de